

Die chemischen Gesellschaften im Dritten Reich

Erste Ergebnisse des Projektes zur Geschichte der GDCh-Vorläuferorganisationen im Nationalsozialismus.

■ Seit gut einem Jahr erforschen Historiker die Geschichte der Vorläuferorganisationen der GDCh im Nationalsozialismus. Das Projekt will auf der Grundlage neuester Forschungen und durch eine breitere Quellenbasis offene Fragen zur NS-Geschichte der Deutschen Chemischen Gesellschaft (DChG) und des Vereins Deutscher Chemiker (VDCh) beantworten. Die wichtigsten Themen betreffen die Funktion der Vereine, ihrer Fachgruppen und Organe für Autarkie und Rüstung, den Umgang mit jüdischen Angestellten und Mitgliedern sowie das Verhältnis der führenden Persönlichkeiten zu NS-Organisationen und -Ideologie. Inzwischen kann über erste Ergebnisse berichtet werden. Die zitierten Archivalien stammen aus dem Archiv der Bayer AG, Leverkusen, dem hiermit herzlich gedankt wird.

DChG, VDCh und der NS-Bund Deutscher Technik (NSBDT)

■ Im Bereich der Chemie hatte sich bereits vor dem Ersten Weltkrieg eine vielgestaltige Vereinslandschaft herausgebildet. Als wichtigste berufständische Vereinigungen konzentriert sich das Projekt auf die DChG von 1867 und den VDCh von 1877. Beide wurden nach dem Zweiten Weltkrieg als nationalsozialistische Organisationen durch die alliierten Militärregierungen aufgelöst. Da an eine direkte Wiederaufnahme der Vereinstätigkeit – zumal unter den Verhältnissen in den Besatzungszonen – nicht zu denken war, gründeten die Mitglieder der alten Vereine zunächst auf lokaler und regionaler Ebene die neue „Gesellschaft Deut-

scher Chemiker“, die dann als Zusammenschluss aller Zonenverbände ab 1949 die Aktivitäten in Westdeutschland organisierte. Im Osten erfolgte 1953 die Gründung der „Chemischen Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik“ (Walter Ruske, 100 Jahre Deutsche Chemische Gesellschaft, 1967, S. 210–219).

Entscheidend für das Verständnis der Geschichte der technisch-wissenschaftlichen Vereine im „Dritten Reich“ ist der 1934 gegründete NS-Bund Deutscher Technik (NSBDT). Er unterstand dem „Alten Kämpfer“ der NSDAP und späteren Rüstungsminister, Dr.-Ing. Fritz Todt. Um sich an die neuen politischen Verhältnisse anzupassen, waren die Vereine ab 1933 durch ihre „Selbstgleichschaltung“ Eingriffen von außen zuvorgekommen. Dies galt auch für den VDCh und die DChG, die sich ihrer jüdischen Vorstandsmitglieder entledigten. 1937 avancierte der VDCh zum leitenden Verein der Fachgruppe Chemie im NSBDT, der die großen technisch-wissenschaftlichen Vereine (VDI, VDE, VDEh) mit der Bildung seiner Fachgruppen beauftragt hatte. Das hergebrachte System von Fachgruppen innerhalb des VDCh, der 1938 über 16 eigene Fachgruppen verfügte, z. B. Anorganische Chemie, Fettchemie und Landwirtschaftschemie, blieb erhalten. Kleinere Fachvereine wie die DChG wurden dem VDCh und damit dem NSBDT als „Arbeitskreise“ angegliedert. Dadurch entstand eine Konstruktion zu beiderseitigem Nutzen: Während die Vereine entlang der bewährten Gemeinschaftsarbeit ihre Interessen weiterverfolgen konnten, verfügte die parteiamtliche Technikorganisa-

tion über die eingespielten Apparate und Publikationsorgane der Vereine.

„Dank der Genialität unserer Erfinder und Chemiker“

■ Während des „Dritten Reiches“ fiel der Chemie eine besondere Rolle zu. In einem Land, das außer bei Kohle und Kali weitgehend auf Importe angewiesen war, galt die Chemie als Garant der Versorgung mit Roh- und Werkstoffen aller Art: Synthetisches Gummi und Benzin aus Kohle, Kunststoffe, Pharmazeutika, Pflanzenschutz- und Düngemittel. Die zweite überragende Aufgabenstellung der Chemie betraf die Errichtung des „Wehrstaates“: Schieß- und Sprengstoffe, Nebel- und Kampfstoffe lautete das Programm. Die auf die Autarkie und Aufrüstung ausgerichtete NS-Politik war auf jeden einzelnen Chemiker angewiesen, wollte sie ihre Ziele erreichen.

Adolf Hitler selbst war von den Fähigkeiten der deutschen Chemiker zutiefst überzeugt. Die „Chemiker-Zeitung“ vom 1. Dezember 1934 zitierte ihn mit den Worten: „Wenn unsere Handelsbilanz durch wirtschaftliche Sperrung ausländischer Märkte oder durch den politischen Boykott eine passive wird, werden wir dank der Genialität unserer Erfinder und Chemiker und durch unsere Tatkraft die Wege finden, uns vom Import jener Stoffe unabhängig zu machen, die wir selbst zu erzeugen oder zu ersetzen in der Lage sind.“ Diese „Tatkraft“ des Regimes mündete in ein massives, staatlich subventioniertes Investitionsprogramm für die chemische Forschung und Industrie. Die „Vierjahresplanbehörde“, das spätere



Die Chemiker Dr. Heiner Ramstetter, Dr. Herbert Bretschneider und Dr. Hans Stümges während ihres NSBDT-Kurses auf der Plassenburg 1938.

Reichsamt für Wirtschaftsausbau unter Carl Krauch, wurde zum Chemieministerium des „Dritten Reiches“. Auf dem Arbeitsmarkt wurden Chemiker zur Mangelware.

„Mitglieder müssen arischer Abstammung sein“

■ Die Kehrseite der Medaille: Schon in der Gleichschaltungsphase wurde der verbrecherische Charakter des NS-Regimes offenbar. Auch die Chemiker exekutierten die „Gleichschaltung“ und die „Arisierung“ ihrer Vereine. Die Existenz des VDCh scheint allerdings zu keinem Zeitpunkt tatsächlich gefährdet gewesen zu sein. Zur Durchführung der „Gleichschaltung“ wurde anlässlich der VDCh-Hauptversammlung im Juni 1933 ein Interimsvorstand unter Professor Paul Duden ins Leben gerufen. Ein Jahr später verlautete aus diesem Kreis, „daß der V.d.Ch. eine anerkannte Berufsorganisation für alle deutschen Chemiker sei, deren Aufgabe in der im Interesse des Vaterlandes notwendigen fortwährenden Verbesserung des wissenschaftlichen und technischen Standes der Chemiker zu erblicken sei. Selbstverständlich wünsche der V.d.Ch. die weltanschauliche und politische Durchbildung seiner Mitglieder, wie sie von der Bewegung [...] so lebhaft angestrebt würde.“

Als Parteiorganisation oblag dem NSBDT die vollständige Erfassung

sämtlicher wissenschaftlich-technischer Berufsorganisationen. Die Parteiführung, namentlich der „Stellvertreter des Führers“, Rudolf Hess, und NSBDT-Präsident Fritz Todt, wünschten eine lautlose „Arisierung“. Im Dezember 1935 erging die Verordnung, daß die Fachvereine nur solche Mitglieder aufnehmen könnten, die den Reichsbürgerbrief erhielten: „Von einer Veröffentlichung oder öffentlichen Bekanntgabe in den Mitteilungsblättern ist abzusehen.“ Der VDCh, der bereits 1933 rund 90% aller berufstätigen deutschen Chemiker organisierte, übernahm in seine Satzung vom 16. Mai 1936 die Formel: „Mitglieder müssen Reichsbürger im Sinne des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935 sein.“ Und der vertrauliche Vorstandsbericht der DChG vermerkte im März 1937 lapidar: „Der Präsident berichtet über Personaländerungen im Hofmannhause, insbesondere über die Entlassung von nichtarischen Angestellten, die nunmehr restlos durchgeführt ist.“

„Ausrichtung aller Fachvereine auf die nationalsozialistischen Ziele“

■ Todt und Hess zielten weit über die rein fachliche Vereinsarbeit hinaus. Ihnen ging es um die „Politisierung des Technikerstandes“, für die die Vereine eine überaus wichtige Funktion übernahmen. So bildete traditionell die „wissenschaftliche Weiterbildung der im Berufsleben stehenden Chemiker“ im Rahmen des Vortragswesens der Bezirksvereine ein zentrales Tätigkeitsfeld. Dieses Vortragswesen wurde zum Vehikel, um die NS-Ideologie in der Chemikerschaft zu verankern. Im Rahmen von Stammtisch-Vorträgen, „Bierabenden“ und Exkursionen wurde über „Heimische Werkstoffe“, „Ras-sefragen“ und „Luftschutzchemie“ berichtet. Mit der Leitung der Fachgruppe Chemie im NSBDT durch den VDCh im Jahre 1937 übernahm er, so ihr Vorsitzender Dr. Karl Merck, von Todt zugleich den Auftrag: „Dem Leiter der Fachgruppe ist die Ausrichtung aller Fachvereine auf die nationalsozialistischen Ziele [...] zur Aufgabe gemacht.“

Die Ideologisierung von unten

wurde durch eine zentralisierte Kaderschulung auf der oberen Ebene erweitert. Ab 1937 wurden viertägige „techno-politische“ Kurse auf der Plassenburg bei Kulmbach abgehalten. Die Veranstaltungen der „Reichsschule der deutschen Technik“ wurden in militärischer Atmosphäre abgehalten, das Tragen von Uniformen war obligatorisch (John Charles Guse, *The spirit of the Plassenburg Technology and ideology in the Third Reich*, 1981, S. 175). Das Spektrum der Themen erstreckte sich von technischen Fachvorträgen über „Weltanschauung und Technik“ bis zum NS-Sterilisierungsprogramm für Menschen mit Erbkrankheiten. Der VDCh-Vorsitzende und Mitglied der NSDAP, Dr. Karl Merck, absolvierte seinen Kurs im Oktober 1937. Das Photo zeigt den späteren VDCh-Vorsitzenden Dr. Heiner Ramstetter, den Geschäftsführer der Dechema, Dr. Herbert Bretschneider, und den Vorsitzenden des VDCh-Bezirksvereins Rheinland, Dr. Hans Stümges, bei ihrer Teilnahme 1938 (Chemiker-Zeitung vom 22. Juni 1938, S. 447). Noch im Januar 1939 forderte der VDCh-Vorsitzende Merck die höchsten Mitglieder des VDCh auf, an einem der Kurse teilzunehmen. Viele der Direktoren, z. B. der Werksleiter Leverkus und IG Farben-Vorstandsmitglied, Dr. Hans Kühne, waren allerdings zu diesem Zeitpunkt bereits mit wichtigeren Aufgaben vollkommen ausgelastet.

„Archiv auf dem Gebiete der chemischen Landesverteidigung“

■ Die Militarisierung der Vereinsarbeit erreichte bereits 1935 einen Höhepunkt. Es ging um „den Wunsch des Reichskriegsministeriums nach einem umfassenden Archiv über die bestehende Literatur der Gaskampfstoffe“. Die DChG schloß einen Vertrag mit dem Heereswaffenamt zur Literaturbeschaffung für die Gaskchutzabteilung durch die Redaktion des Chemischen Zentralblattes. Sämtliche, vor allem auch ausländische Zeitschriften sollten systematisch ausgewertet werden, hauptsächlich, wie der Vertrag eigens ver-

merkte, hinsichtlich der „Angaben über beobachtete physiologische Wirkung von Stoffen“. Die Beschaffung der russischen Literatur erfolgte mit Unterstützung des Heereswaffenamtes und der Gestapo. 1938 erreichte die DChG ein Anschreiben vom Stabschef der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau, Major Dr.-Ing. Czimatis, mit dem gleichen Anliegen: Auswertung „in- und ausländischer wissenschaftlicher und technischer Literatur“. Entsprechende Verträge folgten.

Gleichermaßen im Interesse der Wehrmachtsteile wie der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau lag die systematische Erfassung der Ersatzmöglichkeiten für rüstungswichtige Roh- und Werkstoffe. Hier kam es im Rahmen der neu gegründeten VDCh-Fachgruppe Kunststoffe 1936 zu einer „streng vertraulichen“ Sitzung von Vertretern des Militärs, darunter auch vom Oberkommando der Kriegsmarine und dem Reichsluftfahrtministerium, mit Vertretern der Industrie und der Forschung. Ziel: „Ersatz von devisengebundenen Einfuhrstoffen durch organische synthetische Hochpolymere“. Systematisch wurden 16 „Devisenprodukte“ und ihr „Verwendungszweck“ auf die Möglichkeit des Ersatzes geprüft. Allerdings erteilte Baurat Polenz (Reichskriegsministerium) der ersatzweisen Verwendung von Kunstleder mit dem Bindemittel Mipolam eine Absage, „da es durchlässig für Kampfstoffe ist.“ Bereits zu diesem Zeitpunkt beklagte Hermann Staudinger (Universität Freiburg) den Mangel an tüchtigen Mitarbeitern an den Hochschulen. Die Facharbeit wurde acht Unterausschüssen übertragen. Die Verbreitung der Unterlagen, so General Becker (Chef des Heereswaffenamtes), unterliege aus militärischen Gründen der besonderen Geheimhaltung.

„Einen großen Bedarf an Chemikern hat die Militärverwaltung“

■ Die Kriegsarbeit des VDCh knüpfte direkt an eine der wichtigsten standespolitischen Aufgaben an. Um arbeitslose Chemiker zu vermitteln, be-

trieb der Verein den sog. Reichsstellennachweis. Während 1931 noch 280 Angebote einer Zahl von über 2100 Stellensuchenden gegenüberstanden, hatten sich die Verhältnisse bis 1940 umgedreht: Fast 1000 offenen Stellen standen lediglich noch rund 700 Suchende gegenüber. Im März 1941 war die Mitgliederzahl des VDCh auf über 10500 angewachsen. 680 befanden sich zu diesem Zeitpunkt im Kriegsdienst, und davon waren zehn gefallen. Tatsächlich entstehe durch die Militärverwaltung, wie Dr. Ernst Merres (Chefchemiker des Reichsgesundheitsamtes) auf der Sitzung des „Kleinen Rates“ im März 1941 vortrug, ein großer Bedarf an Chemikern. Die Wehrmacht plane außerdem die Laufbahn eines Chemiker-Offiziers.

Der Mangel an Chemikern wurde nun zunehmend auch in der Kriegswirtschaft spürbar. Ab 1941 wurde die Vermittlungstätigkeit des VDCh in amtlichem Auftrag fortgeführt: „Um den vordringlichen Bedarf an Chemikern für das Rüstungsprogramm zu decken, wurde der Reichsstellennachweis vom Generalbevollmächtigten für Sonderfragen der chemischen Erzeugung mit der Beschaffung der notwendigen Chemiker und Physiker beauftragt und der Leiter des Reichsstellennachweises, Dr. Knoll, zum ehrenamtlichen Mitarbeiter beim Generalbevollmächtigten Chemie berufen. Auch für die rasche Vermittlung und Namhaftmachung von Chemikern und Physikern für deren fachliche Verwendung innerhalb der Wehrmacht hat sich der Reichsstellennachweis als nützliche Einrichtung erwiesen.“

Die Arbeit der DChG ist „in höchstem Maße rüstungswichtig“

■ Zu den wichtigsten Verbündeten der DChG zählten das Reichsamt für Wirtschaftsausbau (RWA) und sein Leiter, der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung, Carl Krauch. Mit seiner Unterstützung gelang es im Oktober 1943, die kostbare Bibliothek der DChG in einem Stollen des Kalkbergwerks Rüdersdorf bei Berlin unter-

zubringen. Allerdings ging es hier nicht in erster Linie um die Rettung wertvollen Kulturgutes. Wie es der Leiter des Geschäftsführenden Beirates des Reichsforschungsrates, SS-Brigadeführer Adolf Mentzel, formulierte, handelte „es sich bei den in Frage stehenden Bibliotheksbeständen um technisch-wissenschaftliche Literatur..., die fast täglich für kriegswichtige Wehrmachts-, Industrie- und Universitäts-Forschungsstellen bereit gehalten werden muss.“ Dieses Dokumentationsmaterial könne „unter Umständen von kriegsentscheidender Bedeutung sein“. Tatsächlich verfügte die DChG über zum Teil „einmalige“ Exemplare ausländischer Zeitschriften, deren Import „durch das Schweizer Sortiment ebenfalls über Rüdersdorf auf Veranlassung des Reichssicherhauptamtes erfolgt.“

Akten der DChG- und VDCh-Vereinsorgane

■ Im Laufe des vergangenen Jahres konnten umfangreiche Aktenbestände ausfindig gemacht werden, u. a. in Berlin und im Bayer Unternehmensarchiv. Gleichwohl liegt die Geschichte der Bezirksvereine und Fachgruppen in vielen Fällen noch im Dunkeln. Daher bitten wir die Mitglieder der GDCh, das Projekt zur Geschichte der Vorläuferorganisationen zu unterstützen. Möglicherweise liegen noch Unterlagen aus der Zeit zwischen 1930 und 1950 unbeachtet in Altakten, die für das Vorhaben von großer Bedeutung sein könnten. Photos von Ehemaligen könnten helfen, die Geschichte zu illustrieren.

Helmut Maier, Bochum

Mitarbeiter des Forschungsprojektes: Helmut Maier und Christian Bender, Universität Bochum sowie Carsten Reinhardt und Malte Stöcken, Universität Bielefeld.